

Frank Swiaczny

Wie gestaltbar ist der demografische Wandel?

Der demografische Wandel, mit dem sich über Jahrzehnte vor allem Experten beschäftigten, ist heute in der Mitte von Politik und Gesellschaft angekommen. Kaum ein Bereich, der nicht durch den demografischen Wandel betroffen zu sein scheint. Wirtschaft und Gesellschaft stehen demnach vor neuen, einschneidenden Herausforderungen, die in dieser Form ohne Vorbild sind. Neben den kontrovers diskutierten Risiken richten sich politische Handlungsstrategien dabei zunehmend auf die Nutzung von Chancen. Doch wie gestaltbar sind die Herausforderungen des demografischen Wandels tatsächlich?

Um die Frage nach den Chancen und Risiken beantworten zu können, ist zunächst ein Blick auf die Gesetzmäßigkeiten demografischer Prozesse erforderlich. Wie weit lassen sich die Folgen des demografischen Wandels politisch noch beeinflussen und wie lässt sich ihre Bewältigung aktiv gestalten?

Der demografische Wandel, wie ihn Deutschland gegenwärtig erlebt, mit einer alternden Bevölkerung und einem kontinuierlich zunehmenden Geburtendefizit, ist weder neu noch war er unvorhersehbar. Beide Entwicklungen, Alterung und Schrumpfung, gehen ursächlich auf strukturelle Veränderungen der Bevölkerungsprozesse zurück, die in Deutschland bereits im 19. Jahrhundert eingesetzt haben und von der Bevölkerungswissenschaft auch als »Demografischer Übergang« bezeichnet werden.

Der demografische Wandel ist dabei eine direkte Folge von langfristigen Veränderungen der Fertilität und Mortalität, des Verhältnisses von Geburten und Sterbefällen. In der historischen Perspektive wird die Trägheit dieser demografischen Prozesse sichtbar, durch die in der Vergangenheit angelegte Bevölkerungsstrukturen

weit in die Zukunft wirken. So führen niedrige Geburtenzahlen in der Vergangenheit zum Nachwachsen kleinerer Müttergenerationen und weniger Kindern in der Gegenwart, die niedrige Fertilität entwickelt auf diese Weise ein in die Zukunft gerichtetes demografisches Momentum.

Den Auftakt des »Demografischen Übergangs« bildete der säkulare Rückgang der hohen vorindustriellen Mortalität, zugleich Ausdruck und Voraussetzung für die stetige Verbesserung der Lebensbedingungen. Die Lebenserwartung bei der Geburt ist in Deutschland entsprechend deutlich gestiegen und es gibt derzeit keine Anzeichen, dass dieser erfreuliche Zuwachs an Lebenszeit in absehbarer Zukunft an Dynamik verlieren könnte. Durch den medizinischen Fortschritt nimmt die Überlebenswahrscheinlichkeit derzeit vor allem im höheren Al-

Der demografische Wandel ist weder neu noch war er unvorhersehbar

ter weiter zu und trägt damit zusätzlich zur Alterung bei. Auch der Rückgang der Fertilität hat bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts eingesetzt und dazu geführt, dass Frauen innerhalb weniger Jahrzehnte weniger Kinder bekamen, als für den Ersatz der Elterngeneration erforderlich waren. Seit dem Beginn der 70er Jahre ist das Fertilitätsniveau im Zuge der gesellschaftlichen Modernisierung und veränderter familiärer Rollenbilder in vielen Industrieländern weiter gefallen und in Deutschland liegt die zusammengefasste Geburtenziffer seit 1983 stets unter 1,5 Kindern je Frau. In den Augen vieler zeitgenössischer Beobachter hatte sich mit diesem dauerhaften Rückgang der Fertilität unter das Reproduktionsniveau von rund 2,1 Kindern je Frau ein »Zweiter Demografischer Übergang« ereignet. Die implizit aus der Theorie des »Demografischen Übergangs«

abgeleitete Erwartung, dass der Übergang von hohen zu niedrigen Geburten- und Sterbeziffern zwangsläufig in eine stabile Bevölkerung münden würde, hat sich in den meisten Ländern nicht erfüllt.

In Deutschland übersteigt die Zahl der Gestorbenen bereits seit 1972 die Zahl der Geburten und das Geburtendefizit nimmt aufgrund der konstant niedrigen Fertilität zudem stetig zu. Ohne die Kompensation durch Zuwanderung aus dem Ausland würde die Bevölkerung Deutschlands schrumpfen, seit 2000 im Durchschnitt um rund 140.000 Einwohner pro Jahr. Deutschland steht mit dieser Entwicklung aber nicht alleine. In anderen westlichen Industrienationen und mittlerweile auch in zahlreichen Schwellen- und Entwicklungsländern ist die Fertilität unter das Reproduktionsniveau gefallen, so dass ein demografischer Wandel entweder bereits eingesetzt hat oder unmittelbar bevorsteht. Allerdings gehört Deutschland mit seiner hohen und weiter steigenden Lebenserwartung und einer seit Jahrzehnten sehr niedrigen Fertilität zu den Ländern, in der der demografische Wandel bereits besonders weit fortgeschritten ist.

Der demografische Wandel, dies verdeutlicht die vergleichende Betrachtung, ist also kein für Deutschland typischer historischer Ausnahmezustand. Bevölkerungen unterliegen in der Regel kontinuierlichen Veränderungen von Fertilität, Mortalität und Wanderung – in unterschiedlichem Umfang. Eine stabile Bevölkerung stellt daher zeitlich und räumlich eher eine Ausnahme dar. Die hierfür erforderliche Annahme einer auf Reproduktionsniveau konstanten Fertilität hat vor allem theoretische Bedeutung, weil sie eine Antwort auf die Frage erlaubt, wie gestaltbar der demografische Wandel ist. Entsprechende Modellrechnungen zeigen, dass eine Fertilität konstant auf Reproduktionsniveau erst über sehr lange Zeiträume zu einer Bevölkerung mit konstanter Struktur und Größe führt, deren Altersaufbau dann nur

noch von den Mortalitätsverhältnissen abhängt.

Zunächst wirkt sich eine höhere Fertilität weder auf das Erwerbspersonenpotenzial positiv aus noch auf den für die Sozialversicherungssysteme relevanten Abhängigenquotienten zwischen Personen im Erwerbsalter sowie Kindern- und Jugendlichen bzw. Senioren. Eine höhere Fertilität und damit größere Geburtskohorten zeigen erst mit einer Verzögerung von rund 20 Jahren einen positiven Einfluss auf die Arbeitsmärkte und Sozialversicherungssysteme. Höhere Geburtenzahlen bringen daher kurzfristig keine Entlastung von den Konsequenzen der Alterung und des Bevölkerungsrückgangs.

Gleiches gilt für die Anhebung der Altersgrenze der Erwerbsbevölkerung. Wählt man für die Berechnung des Abhängigenquotienten beispielsweise eine Altersgrenze von 67 statt 65 Jahren, trägt dies zwar zu einer Verringerung des künftigen alterungsbedingten Anstiegs bei. Diesen vollständig zu kompensieren würde allerdings, angesichts der geburtenstarken Jahrgänge, die in den nächsten Jahren dieses Alter erreichen, sehr hohe Altersgrenzen erfordern. Ein ähnlicher Zusammenhang besteht auch bei der internationalen Wanderung. Zuwanderung kann den Anstieg der Alterung verringern, eine vollständige Kompensation würde aber eine unrealistisch hohe und ständig steigende Zuwanderung erfordern.

Die demografischen Folgen der seit Jahrzehnten niedrigen Fertilität sind somit politisch nur begrenzt gestaltbar. Aufgrund der Trägheit demografischer Prozesse sind Alterung und Schrumpfung nicht kurzfristig durch eine höhere Fertilität oder mehr Zuwanderung zu verhindern. Modellrechnungen des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass auch bei einer bis 2025 auf 1,6 Kinder je Frau ansteigenden zusammen-

Die demografischen Folgen der niedrigen Fertilität sind politisch nur begrenzt gestaltbar

gefassten Geburtenziffer und einem Wanderungsgewinn von 200.000 Personen pro Jahr ab 2020 die Bevölkerung bis 2060 auf unter 75 Millionen zurückgehen würde. Der Anteil der Erwerbspersonen im Alter von 20 bis 64 Jahren an der Gesamtbevölkerung würde von 61 % im Jahr 2010 auf 51 % im Jahr 2060 sinken. Niedrigere Fertilität und Wanderungsgewinne haben in der Modellrechnung noch deutlich stärkere Bevölkerungsrückgänge und Alterung zur Folge. Allerdings wird sich die ungünstige Entwicklung des Abhängigenquotienten durch die Alterung der Bevölkerung nicht unbegrenzt fortsetzen.

Die demografische Herausforderung, vor der Deutschland steht, lässt sich somit in zwei Komponenten untergliedern. Einerseits den starken Anstieg des Abhängigenquotienten, der bis in die 2030er Jahre anhalten wird und anschließend in ein weitgehend stabiles Niveau mündet. Der Bevölkerungsrückgang wird sich andererseits, bei einer Fertilität unter dem Reproduktionsniveau, kontinuierlich weiter fortsetzen und in seinem Umfang nur durch die Höhe der Zuwanderung beeinflusst. Beide Folgen des demografischen Wandels haben unterschiedliche Konsequenzen.

Die beschleunigte Alterung, die Deutschland gegenwärtig erlebt, scheint offenbar vor allem deshalb als so große und beispiellose Herausforderung wahrgenommen zu werden, weil sie innerhalb kurzer Zeit einschneidende gesellschaftliche und wirtschaftliche Anpassungen erfordert, die von den Betroffenen als Zumutung oder Bedrohung erfahren werden, auch weil sie sicher geglaubte Besitzstände betreffen. Hier steht nicht nur die Frage nach einem Ausgleich zwischen den Generationen, bei denen die jetzt nachwachsende besonders gefordert sein wird, sondern auch zwischen potenziellen Gewinnern und Verlierern der notwendigen Anpassungen auf dem Arbeitsmarkt und den sozialen Sicherungssystemen zur Diskussion. Höhere Bildung kann einen Beitrag dazu leisten, Menschen

in einer alternden Gesellschaft produktiver zu machen und länger im Erwerbsprozess zu halten. Investitionen in höhere Bildung und Produktivität sind dabei nur zwei unter vielen Möglichkeiten, den Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials zu kompensieren. Die hierzu notwendigen Anpassungsprozesse können auch als Chancen begriffen werden, Beharrungstendenzen zu überwinden, die gegenwärtig einen Wandel zu einer nachhaltigeren Wirtschaftsentwicklung bremsen. Ein längeres Leben in Gesundheit kann in einer alternden Gesellschaft als Leitbild dazu beitragen, den Wandel von einem allein durch quantitativen Konsum definierten Lebensstandard hin zu einer qualitativen Verbesserung der Lebensqualität einzuleiten. Diese hängt nicht allein von Wachstum ab, sondern erfordert auch die Berücksichtigung der relativen Verteilung und Teilhabe.

Der langfristig angelegte Bevölkerungsrückgang stellt hingegen vor allem deshalb eine Herausforderung dar, weil er – zusammen mit der Alterung – die regionale Tragfähigkeit von öffentlichen und privaten Infrastruktureinrichtungen zu unterminieren droht. Als Folge kann ein Rückgang an Attraktivität und Lebensqualität in den betroffenen Regionen Abwanderungsprozesse begünstigen und so die regionalen Disparitäten zwischen demografisch und wirtschaftlich prosperierenden Regionen und solchen, in denen sich unterschiedliche Problemlagen konzentrieren, weiter verstärken. Zahlreiche Beispiele dünn besiedelter Regionen, etwa in Skandinavien, zeigen, dass eine kleinere Bevölkerung und geringere Bevölkerungsdichte nicht per se Wohlstand und nachhaltiges Wachstum gefährden müssen. Der Übergang von einer wachsenden zu einer schrumpfenden Bevölkerung, der mittelfristig für viele Regionen ohne Alternative ist, stellt aber einen Paradigmenwechsel

Notwendige Anpassungsprozesse als Chancen begreifen

dar, der auch als Chance für den Eintritt in eine Phase geringeren Ressourcenverbrauchs betrachtet werden kann. Allerdings ist die für den Alltag der Bevölkerung wohl wichtigste Herausforderung, Alterung und Schrumpfung vor Ort ökonomisch wie

ökologisch nachhaltig und zugleich sozial verträglich zu gestalten, bisher erst im Ansatz erkannt und diskutiert worden. Gerade hier liegen aber, neben den erwähnten Risiken und Konflikten, auch große Chancen für die Zukunft.



Frank Swiaczny

(*1967) ist Wissenschaftlicher Rat am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden und leitet die Redaktion der Zeitschrift *Comparative Population Studies*. Von 2000 bis 2012 war er Vorsitzender des Arbeitskreises Migration-Integration-Minderheiten der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD).
frank.swiaczny@bib.bund.de

Ursula Lehr

Für eine Solidarität der Generationen

Schlägt man heute die Tageszeitung auf, dann stößt man immer wieder auf folgendes Thema: Das angespannte Verhältnis zwischen Jung und Alt; vom »Konflikt der Generationen« ist dann meist die Rede. In Zeiten knapper Kassen wird »Generationengerechtigkeit« angemahnt. Doch was genau meint Generationengerechtigkeit?

Auch in früheren Zeiten war das Zusammenleben der Generationen Gegenstand kritischer Betrachtungen, allerdings wurden dann die Jugendlichen als das Problem angesehen und nicht – wie heutzutage – die Alten. Alte hatten früher Seltenheitswert und wurden auch deswegen geachtet und geehrt. Heute, in Zeiten des demografischen Wandels, leben viele Alte und hochbetagte Menschen bei uns und wenig Junge. Heute haben Kinder und Jugendliche Seltenheitswert!

Nun wird die Generation der Alten beschimpft und kritisiert, sei es als Zukunftsräuber oder als »Gierige Generation, die auf Kosten der Jungen abkassiert« (Bernd W. Klöckner).

Sicher, auch früher erfuhren die Alten nicht immer die Anerkennung und Achtung, die man heute gerne als vorbildlich herausstellt. So soll der Sohn des Sophok-

les vor Gericht verlangt haben, seinen 90-jährigen Vater als nicht mehr zurechnungsfähig zu entmündigen, um dadurch in den Besitz des Familienvermögens zu kommen. Sophokles rezitiert zum Beweis seiner geistigen Präsenz eine seiner Tragödien aus dem Kopf. Der Antrag wurde abgewiesen. Auch in Märchen und im Vater-Sohn-Konflikt der Erbbauern werden Eltern immer wieder entmachtet und aufs Altenteil abgeschoben. Doch diese Konflikte waren mehr oder minder auf den familiären Bereich beschränkt. Die Gesellschaft, in der den vielen Jungen nur wenige Alte gegenüberstanden, hatte keinen Grund, sich gegen die Gesamtgruppe der Alten aufzulehnen.

Die finanzielle Situation unserer Länder ist problematisch; wir haben Löcher in den Renten-, Kranken- und Pflegekassen. Das Netz der sozialen Sicherheit wird brüchig und dafür wird pauschal die »zunehmende Langlebigkeit«, werden »die Alten« verantwortlich gemacht: eine sehr einseitige Sicht des demografischen Wandels.

Sparmaßnahmen und Eingriffe ins Sozialsystem sind notwendig; doch hierbei scheinen – zumindest in Deutschland